

Der Sozialausschuss des Stadtrats tagt

Resolution „Menschenwürdige Unterbringung und Versorgung für Flüchtlinge in Augsburg“

Augsburg, 22.06.2010. Morgen tagt der Sozialausschuss des Stadtrats in öffentlicher Sitzung. Tagesordnungspunkt 1 lautet:

- a) Unterbringung von Asylbewerbern in Augsburg. Situationsbericht der Regierung von Schwaben
- b) Menschenwürdige Unterbringung

Nachfolgend veröffentlichen wir eine Resolution „Menschenwürdige Unterbringung und Versorgung für Flüchtlinge in Augsburg“. In ihr werden die Forderungen der Flüchtlingsbewegung in Bayern und auch in Augsburg aufgegriffen. In Augsburg machten sich die Flüchtlinge und ihre Unterstützer/innen mit beherzten Aktionen, einem Essenspakete-Boykott, einer Demonstration und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit für die Forderungen stark, die Lagerunterbringung zu beenden und Möglichkeiten zu schaffen, sich ihre Lebensmittel selbst zu kaufen und selbst zu verdienen.

Die Resolution wurde von den Grünen verfasst, da eigentlich nur sie die nötige Sachkenntnis und das Engagement in Flüchtlingsfragen haben. Die Resolution wurde aber auch von der Fraktion der SPD und den beiden linken Stadträten unterzeichnet und als Dringlichkeitsantrag in den Stadtrat am 29. April eingebracht. Nachdem vor allem die CSU noch Klärungsbedarf vorschützte, wurde die Resolution an die Ausschüsse überwiesen. Inzwischen hat auch die CSU ein Flüchtlingslager besucht (das in der Calmbergstraße). Der neugewählte Integrationsbeirat hat sich voll inhaltlich der Resolution angeschlossen. Die Augsburger Allgemeine von heute weist noch einmal ausdrücklich auf die unhaltbaren Zustände in den Lagern hin. Sie schreibt, dass zu den etwa 600 Asylbewerbern in den Augsburger Lagern bis Mitte Juli weitere 80 Personen zugewiesen werden, weil sich die Situation in Krisengebieten wie Iran, Irak, Somalia und Afghanistan verschärft.

Die Augsburger Allgemeine erwähnt auch einen Brief von Oberbürgermeister Kurt Gribl, den er „an Sozialministerin Barbara Stamm“ geschrieben habe, „in dem er ihr die Forderungen der Resolution nahe brachte“. Wir hoffen nur dass die Zeitung mit dem Brief des OB besser informiert ist mit der Sozialministerin. Denn die Sozialministerin in Bayern heißt seit Oktober 2008 Haderthauer. Wir hoffen auch nicht, dass OB Gribl an Frau Stamm geschrieben hat, denn das wäre ziemlich sinnlos. Wir gehen davon aus, dass der OB sich für die Forderungen der Resolution von Grünen, SPD und Linke persönlich bei der Sozialministerin Haderthauer verwendet hat, was politisch sehr bedeutsam wäre. Der OB hat ja am 1. Mai bei der Kundgebung im Grußwort des DGB-Vorsitzenden an eine Flüchtlingsdelegation vernehmen können, dass die Sache breite Kreise zieht und die Flüchtlinge für ihre Anliegen erstaunlich viel Zustimmung bekommen. Sicher hat der Oberbürgermeister auch mitbekommen, wie schlecht die CSU mit ihrer brutalen Flüchtlingspolitik in der Öffentlichkeit, zum Beispiel in der Augsburger Allgemeinen, wegkommt. Offensichtlich will der OB die CSU-Fraktion im Rathaus von ihrer bisherigen Politik abbringen, was eigentlich ein sehr gutes Omen für den weiteren Gang der Dinge ist.

Entscheidend ist jetzt aber erst mal die Debatte im Sozialausschuss des Stadtrats, zu der man auch hingehen kann! Sie findet am Mittwoch, 23. Juni, um 14.30 im kleinen Sitzungssaal im Rathaus statt. Es wäre ein weiterer Sargnagel für ein modernes Augsburg, das ja voller Flüchtlinge, MigrantInnen und Menschen mit Migrationshintergrund ist, wenn diese ausgezeichnete Resolution im Sozialausschuss scheitern würde. Die Verabschiedung der Resolution, die letzten Endes im Augsburger Stadtrat stattfinden soll, wäre auch eine ganz wesentliche Unterstützung für die anderen Städte und Gebietskörperschaften in Bayern, wo solche oder ähnliche Resolutionen bereits vorliegen und zum Teil einstimmig, parteiübergreifend mit CSU und Freien Wählern verabschiedet wurden. Denn es sieht so aus, dass die bayerische Staatsregierung ihre Mehrheit ausnützt bis zum letzten, um menschenrechtliche Standards für die Flüchtlinge zu verhindern. Das kann momentan nur von unten, von der kommunalen Ebene aufgebrochen werden. Deshalb wäre auch eine Resolution aus dem Augsburger Stadtrat eminent wichtig. Die Mitglieder des Sozialausschusses haben morgen eine große Verantwortung.



Demonstration der Flüchtlinge am 24. April in Augsburg

An die
Stadt Augsburg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Kurt Gribl
Rathausplatz 1
86150 Augsburg

Augsburg, den 26.04.2010

Dringlichkeitsantrag für den Stadtrat am 29.04.2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Gribl,
für die Stadtratssitzung am kommenden Donnerstag stellen wir folgenden Dringlichkeitsantrag zur
Abstimmung:

Resolution

Menschenwürdige Unterbringung und Versorgung für Flüchtlinge in Augsburg

1. Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Calmbergstraße

In den letzten Wochen wurde auch in Augsburg über die Unterbringung von Flüchtlingen intensiv diskutiert.

Zum einen muss die Unterkunft in der ehemaligen Flakkaserne an der Neusässer Str. bis Oktober 2010 geräumt werden, weil die Flächen von der Stadt Augsburg anderweitig verwertet werden sollen.

Zum anderen waren sich Vertreter/innen von Initiativen und Parteien bei einem Vor-Ort-Termin in der Gemeinschaftsunterkunft in der Calmbergstraße mit den anwesenden Flüchtlingen einig, dass dieses Lager umgehend geschlossen werden muss, da die hygienischen Verhältnisse, der Zustand der Räume und die Unterbringung der Flüchtlinge in 4- bis 6-Bett-Zimmern nicht hinnehmbar seien.

Der Stadtrat der Stadt Augsburg fordert deshalb die Bayerische Staatsregierung auf, die Massenunterkunft Calmbergstraße in Augsburg umgehend zu schließen.

2. Dezentrale Unterbringung

Insgesamt hat sich die Situation der Flüchtlinge in Augsburg in den letzten Monaten weiter verschlechtert. Fast die Hälfte der 1200 Asylbewerber/-innen Schwabens leben in den vier Augsburger Unterkünften, und diese sind aufgrund vermehrten Zuzugs in den vergangenen Monaten aus den Krisengebieten Iran, Irak, Afghanistan und Somalia randvoll belegt. Auf die besonderen Schutzbedürfnisse von Familien, Frauen und Mädchen sowie von Behinderten, Kranken, Traumatisierten kann in diesen Unterkünften wenig Rücksicht genommen werden. Ein erfolgreicher Schulbesuch der Kinder in solchen Wohnsituationen ist schwer denkbar.

Der Stadtrat der Stadt Augsburg fordert die Abgeordneten des Bayerischen Landtags auf, bei den anstehenden Entscheidungen im Sozialausschuss des Landtages die zwangsweise Unterbringung von Asylbewerber/-innen in Gemeinschaftsunterkünften abzuschaffen und den Weg frei zu machen für die dezentrale Unterbringung in Privatwohnungen oder in kleinen dezentralen Einheiten.

3. Lebensmittelversorgung der Flüchtlinge

In den letzten Wochen protestierten die Flüchtlinge auch gegen das in Bayern gültige Sachleistungsprinzip bei der Versorgung. Danach bekommen Asylbewerber/-innen in Bayern u.a. sogenannte Essenspakete.

Der Stadtrat der Stadt Augsburg unterstützt die Forderung der Flüchtlinge nach Abschaffung der Essenspakete und fordert die Staatsregierung auf, für die Lebensmittelversorgung der Flüchtlinge – wie in anderen Bundesländern üblich - Bargeld zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Die in Bayern praktizierte dauerhafte Unterbringung von Asylbewerber/-innen in Gemeinschaftsunterkünften ist seit Jahren umstritten. Katastrophale hygienische Verhältnisse haben dazu geführt, dass der Landtag vor zwei Jahren einstimmig die Schließung von zwei Containerlagern in München durchgesetzt hat. Eine Expertenanhörung, die der Landtag durchführte, förderte massive Defizite und soziale Probleme in der bayerischen Flüchtlingspolitik zu Tage.

Der Sozialausschuss des Landtags informierte sich in Nordrhein-Westfalen über das so genannte "Leverkusener Modell", das eine dezentrale Unterbringung in Privatwohnungen vorsieht. Diese

Unterbringung ist nicht nur die humanere Lösung, sondern auch deutlich preiswerter. Die Praxiserfahrungen in Leverkusen haben gezeigt, dass bis zur Hälfte der Kosten gespart werden können, wenn Flüchtlinge nicht dazu gezwungen würden, über Jahre hinweg in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen.

Gemeinschaftsunterkünfte sollen nur noch in einer kurzen Anfangsphase der Ankunft erforderlich sein, und bei diesen sind dann bessere Rahmenbedingungen einzuhalten.

Bei der Unterbringung sind Mindeststandards zu beachten, die für die Personengruppe mit besonderen Schutzbedürfnissen unter Berücksichtigung der Richtlinie 2003/9/EG gesetzlich festgeschrieben sind. So müssen jeder Person mindestens acht Quadratmeter Wohnraum zustehen. Weiter sollen die Gemeinschaftsunterkünfte aus kleinen, dezentralen Einheiten bestehen. Familien mit Kindern, Ehepaaren und Lebenspartnern muss eine gemeinsame Unterbringung ermöglicht werden, getrennt von anderen Wohneinheiten.

Selbsthilfe muss Vorrang vor staatlicher Hilfe haben. Die Menschen sollen nicht nur berechtigt, sondern angehalten werden, selbst für ihre Unterbringung und soweit möglich für die soziale Versorgung zu sorgen.

Mit freundlichen Grüßen

Reiner Erben, Fraktionsvorsitzender

Verena von Mutius, Stadträtin

Ulrike Bahr, stellv. Fraktionsvorsitzende

Stefan Kiefer, Fraktionsvorsitzender

Benjamin Clamroth, Stadtrat